



Starke Worte: Sechs Monate nach den rassistischen Morden in Hanau fand eine Kundgebung der Angehörigen der Opfer statt, die per Livestream verbreitet wurde. Foto: Initiative 19.2.

## Gegen das Vergessen

Unser Förderprojekt „Initiative 19. Februar“ streitet nach dem Terroranschlag in Hanau für Aufklärung und Konsequenzen. Unsere Bewegungsarbeiter\*innen, die dort mitarbeiten, berichten.



Newroz  
Duman  
und  
Hagen  
Kopp

„Wir haben uns ein Versprechen gegeben: Nie zu vergessen und nie zu vergeben. Solange nicht lückenlos aufgeklärt wird, solange nicht endlich Konsequenzen gezogen werden und es Gerechtigkeit gibt, solange werden wir nicht aufhören zu kämpfen.“ Mit diesen Sätzen hatten Angehörige der Opfer des 19. Februar, Überlebende und Unterstützer\*innen dazu aufgerufen, am 22. August 2020 nach Hanau zu kommen – sechs Monate nach dem Terroranschlag, bei dem der Täter neun Menschen aus rassistischen Motiven tötete.

Die Demonstration musste wegen ansteigender Corona-Zahlen kurzfristig abgesagt werden. Doch das „Herz der Veranstaltung“, die Kundgebung der Angehörigen, fand dennoch statt. Quasi über Nacht wurde ein Livestream einge-

richtet und eine spontane Online-Mobilisierung in Gang gebracht. Mit Erfolg: Zehntausende folgten gerührt und beeindruckt auf Bildschirmen und in öffentlichen Live-Übertragungen den 20 kurzen Reden der Betroffenen. Ihnen allein gehörte die Bühne. Sie selbst brachten zur Sprache, wo Behörden und Polizei vor und in der Tatnacht versagt hatten. Die starken, sehr persönlichen Statements nahmen den Charakter eines ersten öffentlichen Tribunals an.

Die Kundgebung war der vorläufige Höhepunkt eines beachtlichen Selbstorganisationsprozesses, der unmittelbar nach der Tat mit eigenen Gedennkundgebungen und Demonstrationen begonnen hatte. Aktive aus verschiedenen Gruppen in Hanau sowie Unterstützer\*innen aus anderen Städten bildeten einen Arbeitskreis, der sich wenig später den Namen „Initiative 19. Februar“ gab. Die Initiative verbreitet seitdem „Say their Names“ als zentrale Botschaft, um die Namen der Opfer in den Mittelpunkt zu rücken. Sie thematisiert immer wieder den strukturellen Rassismus und kritisiert die Hetze, die die Tat möglich gemacht hatten. Und der wichtigste Schritt: Die Initiative

eröffnete nur fünf Wochen nach den Morden in direkter Nähe des ersten Tatortes eine Anlaufstelle.

Während Corona Ende März das öffentliche und soziale Leben zunehmend stilllegte, fanden in diesem neuen sozialen Raum die ersten Begegnungen statt. Zunächst noch halbe Baustelle und eingeschränkt wegen Corona entwickelte sich ein Treffpunkt mit und für die Angehörigen, Überlebenden und ihre Freund\*innen. Der „Laden“ wird mittels einer Spendenkampagne unabhängig finanziert. Er ist jeden Tag geöffnet: um zu trauern und zu trösten, um zu reden und zu beraten, um sich gegenseitig zu versichern, dass es keine Ruhe geben wird, bis alles aufgeklärt ist. Dort haben sich in zahlreichen Gesprächen vier zentrale gemeinsame Forderungen herauskristallisiert: Erinnerung, Gerechtigkeit, Aufklärung, Konsequenzen.

Viel schneller als erwartet haben sich Prozesse des Zusammenkommens und -findens in der neuen Anlaufstelle entwickelt. Ein wichtiger sozialer Ort werden die „140 qm gegen das Vergessen“ in den kommenden Monaten sicher bleiben, zumindest eine Rückendeckung, wenn die Angehörigen – wie Ende Oktober angekündigt – demnächst ihren eigenen Verein gründen. Möglich, dass sich vor diesem Hintergrund die Schwerpunkte der Anlaufstelle verschieben werden. Die Initiative 19. Februar wird jedenfalls den neuen Verein – als weiteren Schritt der Selbstorganisation der mutigen und starken Angehörigen – mit allen Kräften unterstützen.

Mehr Infos: [19feb-hanau.org](http://19feb-hanau.org)

### Termine

**Online-Fachseminar  
geförderte Projekte  
27.-29. November 2020**

**Strategiewerkstatt  
wird von März 2021 auf den  
Sommer verschoben, Termin  
steht noch nicht fest**

**Antragsschluss Strategieberatung  
2. Februar 2021**

# „Mit uns ist kein Kies zu machen“

Gastbeitrag von Mike Kess von unserem Förderprojekt „Grüne Liga“ über den Widerstand gegen industriellen Gesteinsabbau und wie Initiativen bundesweit ihre Kräfte bündeln



Initiativen aus ganz Deutschland, die gegen Kies-, Sand-, Gips- und Gesteinsabbau protestieren, haben sich vernetzt und die Erfurter Erklärung verabschiedet. Foto: Grüne Liga

Es brodelt seit Jahren im Mühlberger Raum an der Elbe im südlichsten Zipfel von Brandenburg. Grund dafür ist die massive Ausweitung von Kiestagebauen. Links und rechts der Elbe sowie in allen anderen Richtungen liegen sie. „Der Flächenfraß und die Kiesausbeutung im Raum Mühlberg übersteigt mittlerweile alles, was in Europa bekannt ist. Von den Gewinnen der nicht ortsansässigen Firmen bleibt so gut wie nichts in der Region“, kritisiert Sigrid Käseberg vom Verein „Für eine Heimat mit Zukunft“. Rekultivierungs- und Renaturierungsmaßnahmen erfolgten weder im vertraglich vereinbarten Umfang nach Quantität und Qualität noch in der vorgesehenen Frist.

## Kiesgipfel hat bisher wenig gebracht

Seit fünf Jahren wehrt sich der Verein gegen die industrielle Ausweitung des Kiestagebaus. „Wir haben hier die hochwertigsten Ackerböden in ganz Brandenburg. Die sollen dem Kiesabbau demnächst zum Opfer fallen“, berichtet Käseberg. Mittlerweile hat auch die Politik reagiert und einen regelmäßigen „Kiesgipfel“ einberufen. Das Gremium wurde vom

Brandenburger Wirtschaftsministerium eingesetzt. Der Austausch hat bislang allerdings wenig gebracht.

Anderer Ort, ähnliche Probleme: Schon in den 1930er Jahren wurde in Rückmarsdorf bei Leipzig Kies abgebaut. Seit Mitte der 1990er Jahre wurden weitere Kiessandtagebaue aufgeschlossen – immerhin mit zwei Kilometern Abstand zum Ort – und mit Bauschutt verfüllt. Jetzt will der Kiesförderer GP Günter Papenburg AG aus Hannover weiterbaggern und einen neuen, riesigen Tagebau aufschließen. Der soll bis zu 70 Meter an den Ort heranrücken.

Das wollen die Menschen in der Region nicht mehr hinnehmen. Vor vier Jahren hat sich die Bürgerinitiative „Rückmarsdorf – Mit uns ist kein Kies zu machen!“ gegründet. „Es gibt eine starke Beeinträchtigung mit Staub und Dreck aus dem Kiesabbau, durch die Verkipfung mit Bauschutt, durch den Kies-Transport und den Anlieferverkehr“, heißt es bei der Bürgerinitiative. In zähem Ringen um den neuen Regionalplan Westsachsen wird nun versucht, den neuen Tagebau abzuwenden. Quer durch Deutschland werden immer mehr

Initiativen und Aktionsbündnisse gegründet. Denn der Abbau von Sand, Kies, Gips und Gestein im Tagebau zerstört Böden, Landschaften und Wasserhaushalt und verursacht Verkehrs-, Staub- und Lärmbelästigungen.

Die wichtigste Grundlage dafür ist das Bundesberggesetz mit seinen antiquierten Regelungen aus Kaiser- und Kriegszeit. Die Bundespolitik hat sich bisher nicht dazu durchringen können, das Uraltgesetz zu reformieren. „Stattdessen gilt für private Unternehmensinteressen eine absolute Vorfahrt gegenüber den Interessen der Anwohner\*innen und des Naturschutzes“, sagt Uli Wieland von der Bundeskontaktstelle Gesteinsabbau der Grünen Liga.

## Wichtigster Punkt: eine Bergrechtsreform

Auf Einladung des Umweltnetzwerks Grüne Liga und unterstützt von der Bewegungsstiftung kamen Ende August erstmals Initiativen aus ganz Deutschland in Erfurt zusammen. Nach einem Tag Austausch verabschiedeten sie eine „Erfurter Erklärung“ mit einem Forderungskatalog an die Bundesebene. Wichtigster Punkt: eine Reform des Bergrechts, um mehr Mitsprache und Umweltschutz zu gewährleisten. Außerdem sollen Recyclingquoten in der Bauwirtschaft und eine bundesweit einheitliche Steuer auf alle geförderten Gesteine eingeführt werden. Nötig sei auch ein Förderprogramm zur Entwicklung nachwachsender und alternativer Baustoffe. Bis die Forderungen erfüllt sind, soll ein Moratorium verhängt werden. Nur noch in Ausnahmefällen dürften Genehmigungen für neue Abbaugelände erteilt werden, fordern die Initiativen.

Solange werden die Gruppen ihren Kampf „David gegen Goliath“ fortführen. Die Mühlberger Initiative etwa bemüht sich nun um ein Treffen mit der Staatssekretärin des grün geführten brandenburgischen Umweltministeriums. Ihre Hoffnung: Die Agrarexpertin hat für den Schutz wertvoller Ackerböden möglicherweise mehr Verständnis als das Wirtschaftsministerium.

**Impressum:** Herausgeberin Bewegungsstiftung, Artilleriestraße 6, 27283 Verden **Mitarbeiter\*innen dieser Ausgabe:** Newroz Duman, Hagen Kopp, Mike Kess, Denise Lehmicke, Gabriele Bischoff **Verantwortlich:** Wiebke Johanning, johanning@bewegungsstiftung.de **Kontakt:** Telefon 04231/ 957 540, Fax 04231/ 957 541, info@bewegungsstiftung.de, www.bewegungsstiftung.de **Bankverbindung:** Bewegungsstiftung, GLS Gemeinschaftsbank e.G., BIC: GENODEM1GLS, IBAN: DE56 4306 0967 0046 3144 00 **Layout:** Monika Bröse, Freiraum Kommunikation, www.freiraum-koeln.de **Druck:** Pachnicke, Göttingen, Gedruckt auf 100% Recyclingpapier

# „Ich werde gerade politischer“

Stifter\*innen vorgestellt: Stephanie Steinbeis erklärt im Interview, warum das Thema Ungleichheit sie bewegt und was sie sich von der Bewegungstiftung erhofft.



„Ich habe gerade nicht viel Zeit für Engagement. Deshalb schätze ich es, dass ich nur spenden kann und trotzdem Teil eines Netzwerks bin“, sagt Stephanie Steinbeis.

Foto: Privat

## **Stephanie, wie hast du von der Bewegungstiftung erfahren?**

**Stephanie Steinbeis:** „Ich habe mich vor einigen Jahren mit einem Freund, der Journalist bei der Süddeutschen Zeitung ist, über das Thema Vermögen unterhalten. Der hatte über die Bewegungstiftung geschrieben und mir davon erzählt. Da habe ich Kontakt aufgenommen und bin im Februar ziemlich schnell Stifterin geworden.“

## **Warum beschäftigt dich das Thema Vermögen?**

„Mein Mann hat Vermögen und Firmenanteile geerbt, die er irgendwann auch an unsere beiden Kinder weitergeben wird. Dadurch wird es auch immer mehr zu meinem Thema. Mein Mann und ich tauschen uns natürlich darüber aus. Aber mir ist wichtig, erst einmal eine eigene Position zu finden. Ich habe gemerkt, dass in vielen Kreisen Geld auch mit Scham verbunden ist und nicht gerne darüber geredet wird. Da möchte ich einen offeneren und transparenteren Umgang finden und sehe die Stiftung als eine Chance, mit anderen in Kontakt zu kommen.“

## **Was hat dich überzeugt, Stifterin zu werden?**

„Mir gefällt das Suchen nach gemeinschaftlichen Ideen und der Gedanke, dass Vermögen mit sozialer Verantwortung verbunden ist. Außerdem wollte ich nicht immer nur passiv über das Thema nachdenken, sondern einen ersten Schritt zur Vernetzung gehen und habe erst mal zugestiftet.“

## **Welche politischen Themen bewegen dich?**

„Ganz klar das Thema Ungleichheit. Ich lese gerade das dicke Buch ‚Kapital und Ideologie‘ des Verteilungsforschers Thomas Piketty, in dem er eine historische Analyse der Ungleichheitsregime liefert und der Ideologien, mit der sie die Ungleichheit rechtfertigen. Eine spannende Frage dabei ist: Warum vertreten mittlerweile in fast allen Ländern die linken Parteien die Akademiker\*innen und nicht mehr die Geringverdienenden und schlecht Ausgebildeten? Und das andere ist das Thema Vermögenssteuer und warum das so wenig in der öffentlichen Diskussion ist.“

## **Bist oder warst du selbst politisch aktiv?**

„Nein, ich war völlig unpolitisch als Jugendliche und Studentin. Ich werde gerade erst politischer.“

## **Wie beeinflusst Corona dein Leben?**

„Ich bin Hausärztin und habe zusammen mit Kolleginnen eine Praxis in Berlin-Lichtenberg. Da beschäftigt uns Corona natürlich sehr. Die vielen Anforderungen binden Energie und sind kräfteaufwendend. Aber ich finde, die Patient\*innen machen das alle erstaunlich gut und handeln sehr verantwortungsvoll und vernünftig, auch wenn jetzt ständig Leute in Quarantäne gehen müssen. Ansonsten empfinde ich mich als sehr privilegiert. Ich kann arbeiten, verdiene mein Geld und muss mir wenig Sorgen machen. Wir haben Künstlerfreunde, wo das alles viel heftiger und prekärer ist. Aber ich empfinde die Situation schon als sehr bedrückend. Manchmal geht mir dabei auch der Humor abhanden. Aber dann bin ich wieder sehr beeindruckt, was sich die Leute ausdenken. Ich bin zum Beispiel Mitglied in einem Laienorchester. Die bieten Digitalunterricht und Musikmachen im Freien an. Das ist toll und kreativ und baut mich auf.“

## **Kurz nachdem du Stifterin geworden bist, kamen die Kontaktbeschränkungen und seitdem gab es keine persönlichen Stiftungstreffen mehr. Wie geht es dir damit?**

„Ich wäre tatsächlich gerne mit der Strategiewerkstatt im März richtig in die Bewegungstiftung eingestiegen. Aber jetzt habe ich so viel um die Ohren, dass dieses Thema in den Hintergrund gerückt ist. Ich bin gerade in einer Lebensphase, in der ich nicht viel Zeit für Engagement habe und viele Bälle in der Luft halten muss. Deshalb schätze ich es, dass ich nur spenden kann und trotzdem Teil eines Netzwerks bin.“

## **In welche Richtung sollte sich die Stiftung entwickeln?**

„Ich finde das Thema Bildungsgerechtigkeit immens wichtig und fände es gut, wenn die Stiftung dort fördern würde. Aber ehrlich gesagt habe ich bisher keinen genauen Überblick, was ihr so alles macht und wie ihr eigentlich arbeitet. Da ist die Bewegungstiftung noch eine Art Blackbox für mich. Aber ich habe großes Vertrauen in eure Arbeit und bin sehr gespannt auf das, was in der nächsten Zeit kommt.“

# Unsere neuen Förderprojekte



Zwei von sieben neuen Organisationen, die wir unterstützen: Die Ärzte der Welt und das Bündnis „Bahn für alle“.

Fotos: AdW, Bfa

## Kampagnenförderung

### Goliathwatch

Der Verein streitet mit seiner Kampagne „Freie Wahlen statt Facebook Manipul@tion“ für ein Verbot manipulativer Online-Wahlwerbung. Denn Brexit-Entscheidung und Trump-Wahl 2016 haben gezeigt, dass diese intransparente Beeinflussung von Wähler\*innen Abstimmungen mitentscheiden kann und dies auch bei der kommenden Bundestagswahl droht. Goliathwatch will das Thema in die Öffentlichkeit tragen und Druck machen, damit das bundesweite Wahlgesetz von TV und Radio auf soziale Medien ausgeweitet und personalisierte Werbung verboten wird.

**Förderung: 15.000 Euro**  
[goliathwatch.de](http://goliathwatch.de)

### Ärzte der Welt

Der Verein will erreichen, dass Menschen ohne geregelten Aufenthaltsstatus in Deutschland ihr Recht auf medizinische Versorgung wahrnehmen können, ohne dass sie danach zwangsläufig an die Ausländerbehörde gemeldet und potenziell abgeschoben werden. Die dafür nötige Änderung des Aufenthaltsgesetzes will der Verein im Bündnis mit anderen Organisationen über eine Online-Petition, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit und eine strategische Klage erstreiten.

**Förderung: 15.000 Euro**  
[aerztederwelt.org](http://aerztederwelt.org)

### Ferrero #BisDanni!

Mit Online-Appellen und Protestaktionen will ein Bündnis von jungen Klimagerechtigkeitsbewegungen erreichen, dass sich der Schokoladen-Hersteller Ferrero gegen den Bau der A49 und für den Erhalt des Dannenröder Waldes ausspricht. Sie fordern, dass Ferrero zu-

künftig seine Bahnanbindung für den Warentransport einsetzt. Denn das geplante Autobahn-Teilstück in Hessen droht den wertvollen Laubmischwald zu zerstören und eine Verkehrswende unmöglich zu machen. Ferrero hat seine Produktionsstätte direkt am Dannenröder Wald in Stadtallendorf und befürwortet die Autobahn bis jetzt.

**Förderung: 13.500 Euro**

## Starthilfe

### Rechtshilfebüro

Das Rechtshilfebüro will Personen vernetzen, die in sozialen Bewegungen Unterstützungsarbeit in der Kommunikation mit Polizei und Behörden bei politischen Aktionen leisten. Bei einem persönlichen Treffen sollen sich die Aktiven über ihre Erfahrungen und Arbeitsweisen austauschen und weitere Möglichkeiten der Zusammenarbeit planen.

**Starthilfe-Förderung: 1.600 Euro**  
[rechtshilfebüro.de](http://rechtshilfebüro.de)

### Volksinitiative gegen Rüstungsexporte

Über den Hamburger Hafen werden jeden Tag Waffen in alle Welt verschifft – auch an autokratische, kriegführende Länder wie Saudi-Arabien und die Türkei. Das Bündnis will mit der Kampagne „Für einen zivilen Hafen“ die Rüstungsexporte über den Hamburger Hafen stoppen. Dazu wollen die Aktiven Unterschriften für eine Volksinitiative sammeln und so den Hamburger Senat dazu bewegen, Waffenlieferungen durch den Hafen mittels einer landesrechtlichen Regelung zu unterbinden.

**Starthilfe-Förderung: 10.000 Euro**  
[ziviler-hafen.de](http://ziviler-hafen.de)

### Aktionskreis Strukturwandel Leipziger Land

Was kommt nach der Kohle? Bei den Plänen für den bevorstehenden Wirtschaftsumbau im Braunkohlerevier rund um Leipzig werden die Ortsansässigen kaum gefragt. Der Aktionskreis Strukturwandel Leipziger Land will die Betroffenen mit Veranstaltungen und Netzwerkarbeit mobilisieren, sich in die Pläne einzumischen und für ihre Interessen zu streiten. Dabei geht es auch darum, den Frust der Menschen, die sich von der Politik übergangen fühlen, nicht mit populistischer Rhetorik anzuheizen, sondern aus der Ohnmacht ins konstruktive, solidarische Handeln zu kommen.

**Starthilfe-Förderung: 8.725 Euro**  
[konzeptwerk-neue-oekonomie.org](http://konzeptwerk-neue-oekonomie.org)

## Basisförderung

### Bahn für alle

Das Bündnis Bahn für alle setzt sich seit 15 Jahren für eine Bahn in öffentlicher Hand ein, die dem Gemeinwohl verpflichtet ist. Das Netzwerk will erreichen, dass die Deutsche Bahn demokratisch kontrolliert und gesteuert wird, für eine gute Bahnanbindung aller Menschen im Land sorgt und zu einem leistungsfähigen Akteur für eine Verkehrswende ausgebaut wird. Um sich stärker in die öffentliche Debatte, die dazu geführt wird, einmischen zu können, will das bisher rein ehrenamtliche Bündnis eine halbe Stelle schaffen und Aktionsangebote, Fundraising und Öffentlichkeitsarbeit ausbauen. Die Bewegungsstiftung unterstützt diesen Entwicklungsprozess **bis 2023 mit insgesamt 70.000 Euro Basisförderung.**  
[bahn-fuer-alle.de](http://bahn-fuer-alle.de)

# Wir stehen sozialen Bewegungen zur Seite

Verschobene Treffen, sinkende Erträge, aber konstante Spenden: was sich durch Corona bei uns ändert – und was nicht. Unsere Geschäftsführerin Gabriele Bischoff berichtet.



Protest findet auch in Corona-Zeiten statt - wie hier bei der Eröffnung des Berliner Flughafens Ende Oktober. Wir unterstützen die Bewegungen dabei. Foto: CC BY 2.0 Stefan Müller

„Organisiert euch!“ So haben wir unseren Gastbeitrag, der Ende Juli in der Taz erschien, betitelt. Dort beschreiben wir, wie wichtig in Corona-Zeiten der öffentliche Protest bleibt. Wenn beinahe ausschließlich über die Sinnhaftigkeit von Corona-Verordnungen im Pro- und Contra-Modus gesprochen wird, dann haben es Themen wie steigende Mieten, Klima- und Mobilitätswende, Menschenrechte und Fluchtgründe schwer, in der Öffentlichkeit diskutiert zu werden. Dabei verschärfen sich in der Pandemie viele Probleme.

In dieser Situation stehen wir den von uns geförderten Projekten zur Seite – mit Rat, Austausch und unkomplizierten Regelungen. Die rund 60 Anträge, die uns in der Herbstförderrunde erreicht haben, beweisen: Menschen in sozialen Bewegungen entwickeln auch unter erschwerten Bedingungen kraftvolle Kampagnen, gehen neue Wege und machen Druck für politischen Wandel. Mit über 100 Förderprojekten haben wir gelernt: Ohne beständigen Druck bewegt sich nichts. Gerade jetzt brauchen soziale Bewegungen die zugesagte Unterstützung, um diesen Druck aufbauen

und halten zu können. Deshalb freut uns sehr, dass unsere Förderer\*innen und Stifter\*innen bisher ihre Spendenzusagen für dieses und das kommende Jahr nicht zurückgezogen haben. Dafür sind wir sehr dankbar und das ist vor dem Hintergrund sinkender Anlageerlöse und Dividenden auch sehr nötig.

## Folgen für unsere Geldanlage

Wir können derzeit noch keine genaue Aussage treffen, in welchem Ausmaß sich die Krise auf die Erträge aus dem Stiftungsvermögen in 2020 auswirken wird. Fakt ist: Die Bewegungsstiftung hat mit der Verteilung ihrer Geldanlagen auf unterschiedliche Anlageklassen und in viele verschiedene Einzelanlagen bereits in der Vergangenheit vorsichtig und vorausschauend agiert und ist gut aufgestellt.

Wir gehen davon aus, dass sämtliche Zinserträge, die wir aus festverzinslichen und liquiden Anlagen erwarten, auch für 2020 in voller Höhe gezahlt werden. Ihr Anteil am Anlagekapital liegt aktuell bei knapp 60 Prozent. Auswirkungen erwarten wir bei den Er-

trägen aus Direktdarlehen sowie im Bereich Beteiligungen. Genauere Beschlüsse müssen wir abwarten. Wichtig bleibt für uns: Unsere Geldanlage dient nicht nur der Erzielung von Erträgen! Wir legen wirkungsorientiert nach strengen Anlagekriterien an und wollen dadurch Veränderungen zum bestehenden Wirtschafts- und Finanzsystem anstoßen und geeignete Alternativen stärken.

## Änderungen für die Stiftungsgemeinschaft

Wir haben gelernt, wie einfach es ist, sich in Video- und Telefonkonferenzen auszutauschen. Gleichzeitig stellen wir fest: Es ist schwer, Gemeinsamkeiten herzustellen, mit Menschen in kleinen Bilderkacheln leidenschaftlich zu diskutieren, Differenzen oder langfristige Ziele zu formulieren. Es fehlt der persönliche Kontakt, das gemeinsame Lachen, das Zusammensitzen nach den Treffen.

Wie wir wissen, baut sich Distanz so viel schneller auf als Vertrauen. Deshalb ist dem Stiftungsrat die Entscheidung nicht leicht gefallen, aber: Wir verschieben die für März geplante Strategiewerkstatt in den Juni 2021, in der Hoffnung, dass dann Präsenztreffen mit Hygienekonzepten wieder möglich sind. Die Versammlung der geförderten Projekte, das Fachseminar und die Beiratssitzung werden wir online anbieten. Außerdem arbeiten wir an Onlineformaten für Treffen mit Stifter\*innen. Darüber hinaus stehe ich für persönliche Gespräche zur Verfügung. Wenn Ihr Wünsche an die Bewegungsstiftung habt, ruft an!

Mit Achtsamkeit für unsere Bedürfnisse und der Unterstützung durch uns alle, werden die sozialen Bewegungen diese Pandemie überstehen. Weil Solidarität in Form von Mitmachen, Stärken und Spenden glücklich macht und wir spätestens seit Corona wissen, was wirklich zählt und wofür es sich lohnt, zu streiten: eine friedliche Gesellschaft, die unsere Lebensgrundlagen schützt und allen Menschen ein gutes und gesundes Leben ermöglicht.

**Hier der Link zum Taz-Beitrag:**  
[taz.de/!5695411/](https://taz.de/!5695411/)

# Der Kampf um die Zukunft unserer Krankenhäuser

Laura Valentukeviciute von Gemeingut in BürgerInnenhand berichtet über Klinikschließungen in Pandemie-Zeiten und den Einsatz für eine flächendeckende Versorgung



Unser Förderprojekt Gemeingut in BürgerInnenhand bei einer Aktion und Briefübergabe an die Gesundheitsministerin von Berlin – in der Mitte Laura Valentukeviciute. Foto: Rolf Zoellner

## **Laura, in eurer aktuellen Kampagne engagiert ihr euch für den Erhalt von Krankenhäusern. Was hat den Anstoß dazu gegeben?**

**Laura Valentukeviciute:** „Seit 2016 werden Szenarien ausgearbeitet, wie zuletzt im Sommer 2019 von der Bertelsmann Stiftung, laut denen von aktuell gut 1.900 Kliniken nur noch die Hälfte oder sogar nur ein Viertel bleiben sollen. Die Schließungen finden insbesondere in den ländlichen Gebieten statt. Wenn dort die Kliniken zumachen, verlängert sich die Anfahrtszeit bei kritischen Fällen und die verbliebenen Kliniken werden überfüllt. Beides führt zu vermeidbaren Todesfällen. Das hat uns alarmiert. Generell ist es so: Im Durchschnitt schließt seit der Wiedervereinigung ein Krankenhaus pro Monat.“

## **Warum lässt die Politik einen solchen Kurs überhaupt zu?**

„Im gesamten Gesundheitssektor herrscht starker Druck, möglichst wenig Geld auszugeben. Eine der Folgen davon ist der gravierende Personalmangel. Daraus haben Gesundheitsökonom\*innen abgeleitet: Um mit dem vorhandenen Personal funktionie-

ren zu können, müssten wir Krankenhäuser schließen. Die Idee ist also: Je weniger Krankenhäuser wir haben, desto weniger Personal brauchen wir. Das ist aber eine völlig verkehrte Logik. Wir müssen die Zahl der Krankenhäuser nach dem Versorgungsbedarf ausrichten. Bei einem Personalmangel müssen wir das Personal besser bezahlen, bessere Arbeitsbedingungen bieten sowie in ausreichender Menge ausbilden.“

## **Was sind die Ziele eurer Kampagne?**

„Unser Ziel ist, bewusst zu machen, dass es die Klinikschließungen wirklich gibt. Das glauben viele nicht, da durch Corona allen klar geworden ist, dass wir eine flächendeckende Krankenhausversorgung brauchen. Aber die Schließungen halten an. Das finden wir sehr problematisch und wollen bewusst machen, dass die Krankenhäuser gerettet werden müssen. Wir erzeugen Öffentlichkeit dafür. Was die Schließungen bedeuten, kommt immer mehr an. Wir erhalten sehr viel Unterstützung, weil die Leute Angst haben, dass sie von der Versorgung abgeschnitten werden. Es wird suggeriert, die Kliniken schließen, weil sie schlecht gewirtschaftet haben. Das stimmt nicht. Wenn

im Durchschnitt ein Krankenhaus pro Monat zugemacht wird, dann kann es nicht sein, dass die Krankenhäuser selber daran schuld sind. Das ist systembedingt. Das Problem liegt in der Fallpauschalenfinanzierung [Vergütung von medizinischen Leistungen pro Behandlungsfall] und in der Privatisierung. Privatkliniken picken sich die lukrativen Fälle raus und die öffentlichen Krankenhäuser müssen die Grundversorgung garantieren. Skandalös ist, dass der Bund und die Länder Schließungen sogar fördern: seit 2016 mit insgesamt 4,5 Milliarden Euro. Deswegen fordern wir, dass die Steuergelder für Investitionen und nicht für Schließungen bereitgestellt werden. Und in der aktuellen Krise muss für die Schließungen ein Moratorium gelten.“

## **Wie finanziert ihr eure Arbeit?**

„Wir haben zwei Finanzierungssäulen. Einmal die Stiftungsförderung, zum Beispiel die Bewegungsstiftung, die es uns überhaupt ermöglicht hat, zu diesem Thema eine Kampagne zu machen. Die andere Säule sind Fördermitglieder und Spender\*innen, die uns mit kleinen oder größeren Beiträgen entweder regelmäßig oder unregelmäßig unterstützen.“

## **Wie sieht euer Widerstand in Zeiten von Corona aus?**

„Corona hat uns einen Dämpfer gegeben. Durch die Restriktionen konnten wir unsere öffentlichen Aktionen nicht umsetzen. Aber viel mehr Menschen haben unsere Beiträge gelesen und unseren Aufruf online unterschrieben. Sobald wir wieder Kundgebungen machen konnten, haben wir das schnell getan. Beispielsweise fand die Gesundheitsminister\*innen-Konferenz nicht wie vorgesehen im Mai, sondern Ende September statt. Da konnten wir auch noch einiges mobilisieren. Ich sehe aber eine Verzögerung unserer Arbeit.“

*Das Gespräch führte Denise Lehmicke*

Eine Langversion des Interviews zum Anhören gibt es in unserem Podcast unter: [t1p.de/podcast-bs](https://t1p.de/podcast-bs)

Hier können Sie eine Petition zum Thema unterschreiben: [t1p.de/gemeingut](https://t1p.de/gemeingut)